



ENTSCHLIESSUNG Nr. 23) Eine alternative Krisenpolitik

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

STELLT FEST,

dass es infolge der Wirtschaftskrise ein offensichtliches Risiko gibt, dass die Politik über extrem weitreichende Vorschläge entscheidet, die Einfluss auf die Fiskalpolitik und die Lohnfindung in einem Land nehmen und als Wachstumsbremse wirken. In immer mehr Ländern ist der Schwerpunkt der Politik viel zu einseitig auf die Schuldenkrise ausgerichtet, die eine der Folgen der Wirtschaftskrise ist.

Eine zu einseitige Fokussierung auf die Schuldenkrise führt zu einer verschärften Sparpolitik, die eine Verringerung der Staatsverschuldung durch Kürzungen des Sozialstaates, Lohnkürzungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Sektor erreichen will.

Die Schuldenkrise ist nicht einem angeblich zu großen öffentlichen Sektor und zu hohen Ausgaben für Sozialleistungen, Altenpflege, Kinderbetreuung, Bildung usw. anzulasten. Sie ist auch nicht zurückzuführen auf zu hohe Vergütungen oder Altersbezüge oder auf zu günstige Arbeitsbedingungen. Die Schuldenkrise ist das Ergebnis der Finanz- und Wirtschaftskrise und das Resultat der enormen Rettungspakete des Staates für Banken und Finanzinstitute.

STELLT WEITERHIN FEST,

dass der Schwerpunkt von der Schuldenkrise auf ein nachhaltiges Wachstum und zu einer aktuellen und aktiven Politik verlagert werden muss, die sich den Herausforderungen stellt, die die Wirtschaftskrise für die Gesellschaften nach sich zieht.

Dem öffentlichen Sektor kommt hier weltweit die wichtigste Aufgabe zu – seinen BürgerInnen einen den höchsten Ansprüchen genügenden sicheren Sozialstaat zu bewahren.

Der öffentliche Sektor kann konjunkturelle Schwankungen durch seine stabilisierende Funktion ausgleichen. Der Erhalt von attraktiven und lohnenden Arbeitsplätzen und von Investitionsspielräumen im öffentlichen Sektor ist deshalb von größter Bedeutung.

STELLT WEITERHIN FEST,

dass ein hohes Niveau der sozialen Absicherung durch die Dienstleistungen unserer Mitglieder zum Vorteil von BürgerInnen und Unternehmen in vielerlei Hinsicht eine Voraussetzung für sonstige soziale und unternehmerische Entwicklungen sind. Unabhängig von der Betrachtungsweise muss ein grundlegender Sozialschutz vorhanden sein, damit die Gesellschaft und die Wirtschaft eine solide Zukunftsbasis haben. Eine Sparpolitik mit drastischen Einschnitten bei öffentlichen Dienstleistungen und Sozialleistungen kann nicht die Antwort auf eine Wirtschaftskrise sein, sondern trägt nur zu einer Abwärtsspirale mit mehr Arbeitslosigkeit, mehr sozialen Unterschieden und Ungerechtigkeiten bei.

Die Alternative zu einer Sparpolitik sind Investitionen in den sozialen Bereich, in Infrastrukturen, in Bildung und in Forschung und in Arbeitsplätze. Wir stellen fest, dass diese Alternativen in anderen Teilen der Welt funktionieren, zum Beispiel in Brasilien, Südafrika und Australien. Das Ergebnis dieser Politik ist in diesen

Ländern kein Negativwachstum oder geringes Wachstum, sondern mehr Arbeitsplätze, geringere soziale Unterschiede, weniger Ungerechtigkeit, weniger Armut und eine bessere soziale Absicherung.

STELLT WEITERHIN FEST,

dass es von größter Bedeutung ist, dass das souveräne Recht jedes Staates, seine wirtschaftliche Entwicklung durch höhere Investitionen, verringerte Einkommensunterschiede und eine ambitioniertere soziale Absicherung zu kontrollieren, anerkannt wird, da diese Maßnahmen in wirtschaftlichen Krisenzeiten automatisch eine stabilisierende Wirkung haben und konjunkturelle Schwankungen ausgleichen können.

Gesellschaften, in denen es Demokratie, Rechtssicherheit und einen allgemein hohen Standard der sozialen Absicherung gibt, sind gegen die Auswirkungen von Wirtschaftskrisen besser gewappnet. Damit sich diese Gesellschaften weiterentwickeln können, ist es erforderlich, dass die Unternehmen, Institutionen und Personen, die soziale Dienstleistungen erbringen, sich des Vertrauens der Öffentlichkeit sicher sein können. Die BürgerInnen haben ein Recht darauf, ein hohes Maß an Kompetenz und Effektivität in einem Sozialstaat zu erwarten, der frei von Korruption ist. Dies wiederum erfordert die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen durch kompetente Leistungserbringer, die gute Löhne zahlen sowie sichere Arbeitsplätze und gute Beschäftigungsbedingungen bieten.

STELLT WEITERHIN FEST,

dass ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um die Arbeitslosigkeit in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession zu bekämpfen. Nur wenige PolitikerInnen haben den Mut, auf Aktionismus zu verzichten, wenn sich eine Krise abzeichnet. Es ist gängige Praxis, Steuern zu senken trotz der Tatsache, dass die wirkungsvollste Waffe gegen Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Abschwung höhere öffentliche Ausgaben und Investitionen sind.

Die Gewerkschaftsbewegung muss für ihre Mitglieder im öffentlichen Sektor eintreten und dafür sorgen, dass das Recht auf Lohnfindung, das Vereinigungsrecht und das Streikrecht nicht unter die Räder des politischen Krisenmanagements geraten. Als Gewerkschaftsorganisation für die Beschäftigten im öffentlichen Sektor müssen wir gemeinsam mit anderen Anspruchsgruppen eine alternative Wirtschaftspolitik für nachhaltiges Wachstum formulieren.

Das bedeutet kurzfristig eine aktive Politik für neue und bessere Arbeitsplätze, besondere Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, bessere berufliche Qualifikationen als Alternative zu Niedriglöhnen sowie qualitativ hochwertige soziale Dienstleistungen durch Investitionen in Infrastrukturen, Bildung, Forschung und ökologische Arbeitsplätze. Eine „grüne“ Neuausrichtung der Produktion und die Umstellung auf erneuerbare Energien werden nicht nur zu einer schnellen Verbesserung der Wirtschaft führen, sondern langfristig auch neue Wachstumsmöglichkeiten schaffen.

Langfristig müssen wir die strukturellen Herausforderungen bewältigen. Die öffentlichen Finanzen brauchen eine auf Solidarität und gerechter Verteilung beruhende Basis. Wir wollen ein gerechtes und progressives Steuersystem als Garantie für adäquate öffentliche Finanzen. Auf diese Weise erreichen wir eine nachhaltige Gesellschaft mit sozialer Absicherung und einer ausreichenden Altersversorgung für alle Menschen. Es sind nachhaltige Maßnahmen gegen Armut und soziale Unterschiede erforderlich. Wir müssen die Macht der Finanzmärkte brechen, indem wir zum Beispiel Großbanken und Finanzinstitutionen aufteilen, eine Finanztransaktionssteuer einsteuern und Kapital nicht mehr für spekulative Zwecke einsetzen, sondern für Investitionen in Innovationen, ökologische Arbeitsplätze und soziale Absicherung.

ERMAHNT DIE PSI,

ihre Kenntnisse und ihre Kompetenzen im Bereich der Wirtschaftspolitik zu vertiefen, einen Beitrag zur Wirtschaftsdiskussion auf globaler Ebene zu leisten, klare Alternativen zu formulieren und Arbeitshilfen zu entwickeln, damit nationale Gewerkschaften an der Debatte über die Wirtschaftspolitik teilnehmen und einen Beitrag leisten können; und Netzwerke zu gründen, die diese Initiativen unterstützen.

ERMAHNT die Mitglieder,

- einen korrigierenden Einfluss auf den in der Politik vorherrschenden Trend zu nehmen, Konjunkturschwankungen durch Einsparungen und Einschnitte im öffentlichen Sektor zu bekämpfen, und dagegen eine Wachstumspolitik mit einer erhöhten Nachfrage nach öffentlichen Diensten zu setzen;
- Umfassende und langfristige Infrastrukturinvestitionen in Kinderhorte, Vorschulen, Schulen, öffentliche Gebäude, Straßen und Schienenwege zu unterstützen;
- Die Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer zu unterstützen.

Hier können alle [Kongressentschlösungen](#), das Aktionsprogramm und die neue Satzung heruntergeladen werden.